

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Anträge 120 Pf. pro Woche, 9.— pro Monat. Durch die Post 9.— pro Monat. Erganzungen für die Redaktion: Nachmittags 6.—8 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 81059. — Fremdwort-Anzeige: Ring Nr. 8837.

Montag, 30. Januar 1922

Abdruckrechte: Die Hauptredaktion behält sich das Recht vor, den Namen 0.80 Pf. auswärts 0.90 Pf. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Besuchs- und Besuchsbescheinigungen, 0.40 Pf. etc. Die Hauptredaktion behält sich das Recht vor, den Namen 0.80 Pf. auswärts 0.90 Pf. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Besuchs- und Besuchsbescheinigungen, 0.40 Pf. etc.

Stinnes Triumphator!

Herr Wirth „erfüllt“ auf Kosten des Proletariats.

H. W. Wirth's große Rede im Reichstag war, was das ganze Reparationsproblem anbetrifft, völlig abgestimmt auf jenen fatigam bekannten Ton der Resignation und des Erfüllungswillens, dem die Sozialdemokraten beider Richtungen so gern erliegen.

Die Walze, „feste Bereitwilligkeit, die Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage und seinen Ergänzungen bis zur Grenze des Leistungsmöglichen zu erfüllen“ wurde wieder einmal heruntergeleiert.

Keine Rede davon, daß die Frage aufgeworfen wurde, auf wessen Kosten diese „Erfüllung“ vor sich gehen soll. Der Ausdruck „Volk“ muß eben zu allem herhalten. Daß die deutschen Kapitalisten um den Preis der immer größeren Verelendung der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands gerade aus dem „größten Unglück“ des „armen Vaterlandes“ Honig zu saugen, verstehen in Form der Steuerflucht und der Stinnesierung zum Dank für die „Zwangsanleihen“ — was kümmerts den echten Demokraten Wirth! Selbst die „berufenen Vertreter“ der Arbeiter, die Herren Scheidemann u. Co., geben hoch zu all diesem den Segen!

Bei der Frage der Kriegsverbrecher und ihrer Auslieferung fand der Reichstag Gelegenheit, seinem Patriotismus freien und stolzen Lauf zu lassen. Den größten Beifall erhielt Wirth, als er pathetisch verkündete, daß es keine deutsche Regierung geben wird, die den Versuch machen würde, die Auslieferung zwangsweise durchzusetzen. Adolf Hoffmann hörte das patriotische Idyll — die Kommunisten sind nun einmal böse Spielverderber — durch den Zwischenfall? Da werden sich aber die Verbrecher freuen! Prompt gab der brave Löbe für solche Beleidigung der Massenmörder des Krieges dem greissen Hoffmann einen Ohrfeigenschlag.

Stolz warf sich Wirth in die Brust, als er vor Verleugung des Steuerkompromisses unter peinlichem und eifrigem Schweigen der SPD-Fraktion unter stürmischer Entrüstung der Kommunisten und teilweise auch der Unabhängigen verkündete: Von Scheidemann bis Stinnes ist alles mit meinem Programm einverstanden. Das aber sieht so aus:

1. Die Vermögenswachstumssteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll eine Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarde Goldmark angelegt werden. Diese ist in den ersten drei Jahren unverzinslich.
2. Die Nachkriegssteuern, die ein nicht genügendes Aufkommen ergeben, sollen fallengelassen werden.
3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von zwei Prozent zur Anwendung kommen.
4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen, mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.
5. Die Zuckersteuer soll mit Rücksicht auf die starke Verschärfung des Verbrauchs und die Umsatz- und Kohlensteuer und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Zuckers für die Säuglingsnahrung auf 50 Mark für den Doppelzentner festgesetzt werden.
6. Die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden.
7. Bei der Biersteuer sollen die Beschlüsse erster Lesung aufrecht erhalten werden.
8. Die Einheit der Gesamtsteuerverlastung soll durch ein Rantei gesetz gewährleistet werden: in diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden. Im Anschluß an dieses große Gesetzgebungswoert (Gelächter bei den Kommunisten) und mit Rücksicht auf die riesige Geldentwertung aus im Interesse einer möglichst schleunigen Durchführung der Gesetzgebung auf das Bedürfnis der Steuerverwaltung unter möglicher Vereinfachung der Gesetzgebung Rücksicht genommen werden.

In Bezug auf die internationalen Beziehungen, besonders auf die zu Sowjet-Rußland, fand Wirth ebenfalls Beifall und bestechende wie aalglatte Worte.

Er versicherte, daß Deutschland am Wiederaufbau Rußlands mitwirken wolle, aber nur im Einvernehmen mit Rußland selbst. Wirth lehnt eine Politik ab, die Rußland wie eine Kolonie behandeln will. — Die Hoffahrt hör ich wohl... aber ist König Stinnes mit dem Programm ein-

verstanden, das sein getreuer Minister entwickelte? Wird Herr Wirth wirklich die Kraft aufbringen, um mit der Konfortumpolitik zu brechen, die Stinnes zusammen mit seinen englischen Freunden erdacht hat? Wie wollen die

Das sind die Forderungen, die der ADSB. und die SPD. Stinnes zu Liebe glatt unter den Tisch fallen lassen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exporteisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wertgegenstände.
7. Verschärfte Eingehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Eingehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzugeben. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerschuld zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von dem Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Schärfe Befreiung der durch Devisen und Effekten-geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Und das kam aus dem Kuhhandel der SPD. mit Stinnes heraus:

Eine „Zwangsanleihe“, die nicht den kapitalistischen Besitz versteuert, sondern umgekehrt die Kapitalisten zu Gläubigern des Staates macht. Das heißt: Die Stinnesregierung marschiert!

Um dieser famosen Zwangsanleihe willen hat man Besitzsteuern, die bisher immerhin doch noch auf dem Papier standen, das Notopfer und die Nachkriegsgewinnsteuer so gut wie fallen gelassen.

Dafür aber erreichen die indirekten Steuern eine unerhörte Höhe. So geht z. B. die Kohlensteuer auf 40 Prozent hinauf. Bei der Umsatzsteuer soll ein Satz von 2 Prozent in Anwendung kommen. Die Konsumenten, d. h. die großen Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, erhalten die ganze Schwere der Steuern auf ihre wirtschaftlich schwachen Schultern gelegt.

Nicht die Besteuerung des Besitzes, sondern die ungeheuerlichste Belastung der allein produktiven Bevölkerung, der Arbeitskraft der ausgebeugten Proletarier ist erfolgt.

Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Betrieben, Büros und Behörden, wagt Ihr es dulden, daß man Euch so am Narrenseil ins Elend hineinführt?

Taten der deutschen Regierung gegenüber Sowjetrußland abwarten.

Herr Wirth hat sich dann im Reichstag einen guten Abgang verschafft, indem er am Schluß seiner Erfüllungsrrede dem Papst einen Nachruf hielt. Er innerte an die

Friedensnote Benedikts XV. vom 1. August 1917 und sprach dann in den Ruf aus: „Gebt der Welt den wahren Frieden!“ Dann spielte Herr Wirth den Weihnachtsmann (rei nach Lloyd George), sprach die Worte pathetisch: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ und dann kam der gewünschte stürmische Beifall. Diese Friedensschalmei klingt ja an sich, mag sie nun in Berlin oder in London geblasen werden, wenn auch die Pariser Kriegstrombete einige Risiken in das Konzert bringt. Aber die entscheidende Frage ist dabei: Wer soll diesen sogenannten Frieden bezahlen?

Die Antwort darauf in Wirth's Rede trotz aller Schalmeien von Frieden, Veröhnung und Menschlichkeit ist deutlich genug.

Auf der von den Sozialdemokraten mitgeschaffenen Basis des Steuerkompromisses wird weder die Krise der deutschen Finanzen gelöst, noch das Defizit im Etat aufgehoben, noch die Reparationslasten gedeckt, noch die Produktion der Notenpresse eingedämmt.

Es ist ein ganz infamer Schwindel, wenn uns Sozialdemokraten, von ihrem Gewissen gepemigt, und von ihrer Parteimitgliedschaft zur Rechenschaft gezogen, weiß machen wollen, daß ihr Kompromiß nicht nur den Forderungen der Entente entspricht, sondern daß es auch vom Proletariat getragen werden muß, — weil es ein zwar schweres, aber leider notwendiges Durchgangsstadium zur endlichen Befundung der deutschen Wirtschaft ist.

Das Steuerkompromiß ist nichts anderes als eine reine Stinneslösung, als ein Erfolg der Großindustrie, alle Lasten der Reparationen auf die Schultern der Proletarier abzuwälzen. Es entspricht durchaus dem Sinne nach der bekannten Stinnesbedingungen des Reichsverbandes deutscher Industrieller.

Das Steuerkompromiß trägt allzu deutlich in sich den Auftakt zu der „großen Koalition“, der Stinnesregierung, die ja praktisch bereits durch die Front von Scheidemann bis Stresemann im Reichstag das Licht der Welt erblickt hat.

Wenn auch das äußere Firmenschild politisch dieser Tatsache Rechnung tragen wird, hängt ohne Zweifel davon ab, wieviel die Stinnesleute und ihre sozialdemokratischen Lakaien den Proletariern glauben angesichts der ganzen politischen Lage und des nun folgenden Steuerabzuges zumuten zu können.

Wird die Arbeiterchaft aus allen diesen Tatsachen endlich klar und eindeutig die Konsequenzen ziehen?

Es gibt keinen anderen Weg, die Stinnesierung und den Steuerraub an den Ärmsten der Armen zu verhindern, als den:

Bruch mit jeder Koalitionspolitik!
Festhalten an der Erfassung der Sachwerte und Abschaffung aller wie auch immer gearteter indirekter Steuern!
Kampf für eine Arbeiterregierung!

Mistransensvotum der Kommunisten abgelehnt.

Das von der Kommunistischen Fraktion eingebrachte Mistransensvotum gegen die Wirthregierung wurde gegen 16 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Für die Regierung setzten sich also alle Parteien, — außer den Deutschnationalen, die nicht mit abstimmen — auch die unabhängigen und abhängigen Sozialisten ein. Die Unabhängigen haben dadurch bewiesen, daß ihre Parole von der Erfassung der Goldwerte nur radikales Phrasengebäck ist. Durch die Ablehnung des Mistransensvotums beschwören sie der Wirth-Regierung, daß sie einverstanden sind mit dem Steuerraub auf die Taschen des Proletariats und wenn sie auch irgendwann aus parlamentarischer Agitationsbedürfnis das Steuerkompromiß abzuwehren vorgehen

Jeder Genosse hilft mit

an der Entloftung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, wenn er der Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. als Mitglied beitrifft. In allen Orten, wo unsere Vertriebsstellen eingerichtet sind, sind wir zu erreichen und geben gern weitere Auskunft.

Die Politik der Rache.

Die Sozialdemokraten verpaukten, Gegner der heutigen Klassenjustiz zu sein. Sie haben sie früher an ihrem eigenen Leibe kennen gelernt und der alte Geist, der in der Rechtsprechung schon früher herrschte, hat sich heute insbesondere gegen die Arbeiter noch verschärft. In einer neuen Schrift über die Klassenjustiz hat der wirklich nicht revolutionäre, verächtliche sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Erich Rüttner aus einem reichhaltigen Tatsachenmaterial die vernichtende Schlussfolgerung gezogen, daß unsere heutige Justiz als ein Überbleibsel des alten Obrigkeitstheates, besetzt und durchdringt von seinem Geiste, unfähig ist nach jeder Richtung, das Ideal wirklicher Gerechtigkeit zu erfüllen. Macht und bloß ist die Schande unserer Justiz aufgetreten, als sie die Mörder Liebknecht und Rosa Luxemburgs freisprach, als sie die Marloh, die Kessel, die Studenten von Mechterstedt zu Ehrenmännern erklärte.

Auch der „Vorwärts“ verschilt zuweilen nicht, an krassen Beispielen auf die Schande unserer Justiz hinzuweisen. Zu bemerken sei hier gar nichts, nur zu bessern und zu reinigen. Wie aber sieht diese Besserung und Reinigung in der Praxis aus? Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag entblödet sich nicht, unseren Genossen Eberlein den weißen Scherzen auszuliefern. Mit den Deutschnationalen zusammen beschließen sie die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität, und die sofortige Verhaftung sollte diesen Schurkenrecht krönen. Die Klassenrichter der freiesten Republik können sich auf die sozialdemokratische Meute berufen, die ihnen das Wild ins Gehege trieben.

Was hat sich die Klassenjustiz nicht alles allein in den letzten Tagen geleistet! Der Raum keiner Zeitung reicht mehr aus, alle die Fälle zweierlei Rechtes zu registrieren, die sich vor den Schranken der gegenrevolutionären Justiztribunale alljährlich abspielen. Dabei wehrt sich diese vor aller Welt blamierte Rechtsprechung gegen den Vorwurf der Klassenjustiz nicht dadurch, daß sie sich bemüht, einigermaßen objektiv die Dinge und Menschen zu beurteilen, sondern sie schiebt diejenigen, die das Reind beim rechten Namen nennen, ins Gefängnis. So erhielt dieser Tage der Redakteur des unabhängigen „Pfalzer Volksboten“, Bergholz, 5 Monate Gefängnis von der Raumburger Strafkammer, weil er die Urteile des dortigen Sondergerichts, die sich durch unerhörte Härte gegen revolutionäre Arbeiter selbst unter ihresgleichen hervorhoben, als Klassenjustiz brandmarkte. Der Staatsanwalt hatte sogar 9 Monate Gefängnis beantragt. Es ist, als ob man geradezu mit Peitschenschlägen dem arbeitenden Volke zu Gemüte führen wollte, daß die alten Sklavhalter noch im Besitz der Macht sind.

Man vergleiche mit diesem Schandurteil nur die am gleichen Tage in München erfolgte Beurteilung des aus der Ruhrzeit bekannten Leiters der bayerischen politischen Polizei, Oberamtmanns Dr. Fried. Er hatte zu dem Betriebsrat des verbotenen Münchener unabhängigen Blattes gesagt: „Wenden Sie sich doch an die Schweinehund von Redakteuren, die so etwas schreiben. Sehen Sie ihnen an die Rechte!“ Diese unverschämte Aufforderung zum Mord wurde mit ganzen 200,- M. Geldstrafe belohnt. In der Kreuzzeitung hat man dafür volles Verständnis und das Blatt des Grafen Westarp, der für die preussische Justiz eintritt, wundert sich nur, daß es einem preussischen Staatssekretär nicht gestattet sein soll, öffentlich dazu aufzufordern, alle Juden totzuschlagen. Ein deutliches Sinnbild dafür, daß die Gerichte außer der Kommuniquéentwicklung auch dieses edle Ziel vor Augen haben, ist jener Staatsanwalt Dr. Golbe, der zur Verhandlung in Plauen „mit dem Sackfresser geschmiedet“ antritt. „In der Justiz ist beinahe unter jeder alte Preussengeist erhalten geblieben, der vor dem Hochgestellten lag, einem Tiefstehenden Fußtritt austreibt.“ — Das sagt derselbe „Vorwärts“, durch dessen Demagogischen Kommuniqué den weißen Heuten ausgeliefert werden, die eben erst in Halle gegen einen schrecklichen Menschen wegen Verletzung an der Märzaktion auf drei Jahre Zuchthaus erlitten. Statt der Amnogie also immer neue Opfer der Klassenjustiz unter tätiger Mithilfe und dem Segen der sozialdemokratischen Führerschaft.

Eine kaum noch auffällige Leistung der gefangenen Justiz ist es auch, wenn dieser Tage in Berlin zwei Soldaten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, weil sie als Bedienstete einer Reichswehrkompanie den Wunsch eines Kameraden erfüllten, seinem Vater mitzugeben, daß er durch schlechte Behandlung seiner Vorgesetzten zum Selbstmord gezwungen worden sei. In seinem Testament hatte er einem Jungen geschrieben: „Ich möchte erst dem Hauptmann und dem mit ihm Angel nach dem Kopf schlagen.“ Weil man gegen den Selbstmörder nicht mehr vorgehen konnte, ging man gegen die beiden christlichen Kameraden vor. Der Staatsanwalt erklärte in der Übermittlung des letzten Wunsches eines Sterbenden sogar „schlechte Schmeichelei“. Eine Untersuchung gegen die Vorgesetzten einzuleiten, die den Soldaten im den Tod trieben, hält unsere imperialistische Justiz natürlich nicht für nötig, obwohl es ebenso ihre Pflicht wäre, wie es eine Ehrenpflicht für die Angehörigen war, dem Wunsch des Sterbenden nachzukommen.

Schlieflich noch ein Fall, der zeigt, daß man gegen unabhingige sozialistische Schlichter nicht nur in Schillingen (Holl Schillingen), sondern auch anderswo kassiert wurde vorgelassen. Gegen die Junker u. Röhren, die jüngsten Reichstag und Berlin auf ihrem Schloß sitzen und wie die Kaiserlicher gegen Sozialdemokraten, die ihnen im Wege sind, zu töten pflegen, sind wieder einmal ein Antrag der dem Reichstag. Sie haben schon eine ganze Reihe von Sozialdemokraten zu Sträflingen gemacht, aber immer wieder werden diese sozialistischen Schlichter mit Schillingen belohnt, bis sie mit unerschütterlichen Zähnen widerstehen. Auch jetzt hat der Antrag der Sozialdemokraten, die Junker der Schillingen mehrerer Schilling auf den Reichstag zu schicken und damit noch zu sagen, Schilling, daß die Junker nicht geschaffen seien, daß sie nicht die Junker sind, die die Junker der Sozialdemokraten 1908 in Schillingen.

Kraft, also nicht mehr als das, was dieses Genosse heute ein gutes Frühstück kostet.

Man sieht auch aus diesem Falle wieder, daß es eine folgenschwere Dummheit und Kurzsichtigkeit des Proletariats in der revolutionären Ära von 1918 war, das ganze rassistische Götzenbild unangefastet auf seinen Schülern sitzen zu lassen. Hier hätte durchgreifend enteignet werden und den Herrschaften günstigenfalls das Arbeiten beigebracht werden müssen. Wie gegen die großen Herren von Stadt und Land, so wird die künftige Revolution auch gegen die alte obrigkeitliche Justiz ihre proletarischen Pflichten — durch schlimme Erfahrungen belehrt — rüchichtslos nachzuholen haben.

Politische Uebersicht.

Sowjet-Rußland vor Genua.

(Eine Rede des Genossen Trotski.)

Auf der Moskauer Konferenz der Arbeiterjugend hielt Trotski eine breit angelegte Rede, in der er u. a. ausführte: Als die Sowjetrepublik vor vier Jahren geschaffen wurde, glaubte niemand außer uns, daß sie sich so lange halten würde. Die Bourgeoisie aller Länder hoffte zurecht, daß es ihr gelingen würde, uns zu stürzen. Es kam niemand in den Sinn, daß es außer der Sowjetföderation nach vier Jahren keinen einzigen Arbeiterstaat geben würde. Danach ist die Lage so, daß Sowjetrußland der einzige Arbeiterstaat der Welt geblieben ist. Die Revolution im Westen ist nicht gekommen. Da es der Bourgeoisie nicht gelang, uns zu stürzen, als wir noch schwächer waren, so ist es klar, daß man uns niemals stürzen kann.

Was unser Verhältnis zur europäischen Bourgeoisie betrifft, so werden wir eine Zeitlang noch gezwungen sein, Seite an Seite mit bürgerlichen Staaten zu existieren und es ist schwer voranzufagen, wie lange diese Zeit dauern wird.

Ein Resultat dessen, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, uns zu stürzen, ist unsere Einladung zum internationalen Kongreß nach Genua. Es wird das der größte Kongreß, internationaler Kongreß sein, der bis jetzt stattgefunden hat. 55 Staaten sollen dort vertreten sein. Ich werde sehr daran, daß wir dort viele Freunde finden werden. Es fragt sich, ob es einen Sinn hat, daß wir zu diesem Kongreß gehen. Aber die Arbeiterklasse Rußlands hat viele Wunder vollbracht — das größte Wunder ist, daß ein Arbeiterstaat, der von allen Seiten von feindlichen Staaten umgeben, sich vier Jahre halten kann und diese bürgerlichen Staaten veranlaßt, Rußland zur internationalen Konferenz einzuladen.

Es ist leicht möglich, daß die Siegerstaaten nicht einig sein werden in der Frage, welche Bedingungen man Rußland auferlegen solle. Aber selbst in diesem Falle werden wir nicht verlieren, wenn wir die Verhandlungen führen. Diese führen wir nicht mit der internationalen Konferenz, sondern mit einzelnen Staatengruppen. Wir machen jetzt die Beobachtung, daß eine Reihe benachbarter Staaten angesichts der Möglichkeit unserer internationalen Anerkennung in gewisse Erregung geraten ist. Denn an dem Tage, da wir anerkannt werden, sind die Dienste, die Polen und Rumänien gegen uns geleistet haben, von bedeutend geringerem Wert. Jetzt, da die Anerkennung der Sowjetregierung näher rückt, sind unsere geschworenen Feinde bestrebt, uns den letzten Schlag zu versetzen.

Das nächste Frühjahr wird wahrscheinlich die Anerkennung der Sowjetregierung und andererseits einen neuen militärischen Überfall auf Sowjetrußland sehen. Wir müssen bereit sein, damit wir in keiner Richtung überrascht werden. Wir müssen über die Note Krone verfahren, über die Note Armer, die jetzt ein Verband der bewaffneten Jugend ist.

Rußland Trotski seinen Bericht beendet hatte, nahm die Jugendkonferenz eine Resolution an, die die Politik der Sowjetmacht gutheißt und die Arbeiterjugend auffordert, der Sache Bestandteil der roten Armee zu sein.

Amerika geht nicht nach Genua.

Der Antrag der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird nach einer endgültigen Abreise Hartings nicht zur Konferenz nach Genua gehen. Die amerikanischen Kriegsgewinn er wollen nicht wissen von „Abstrichung von Kriegsschulden“. Das Zerbrechen Americas ist auch ein Schlag gegen England. Das Nichtaufheben des Engl. und in Mittel- und Ostasien wird zu ein neues Hindernis beruht. Frankreich, besonders Poincaré wird diesen Beschlag beantragen.

Das die Ablehnung wird Amerika wider eine selbständige Politik in der russischen Zone führen. Wenn auch die amerikanische Regierung Sowjet-Rußland nicht anerkennen will, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Rußland ein Faktor ist, der für Amerika in den Kreis der Betrachtung eine erhebliche Rolle spielt. Die amerikanische Bourgeoisie muß sich — auch ohne Genua — schon jetzt auf den russischen Markt.

Die russisch-polnischen Beziehungen.

Schmerzliche Verhandlungen.

Der Vertreter der russischen Sowjetrepublik in Warschau, Tschernomir, erklärte dem Vertreter der Polen, Herr Dr. Gajda, die russisch-polnischen Beziehungen. Die erste Forderung der Arbeit ist die Anerkennung in Polen der Sowjetmacht. Eine bedeutende Rolle bei der Befreiung des Osteuropas spielen nur die Sowjetmacht ist der erste Schritt der Befreiung zur Befreiung der Sowjetregierung. Es ist klar, daß die Beziehungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten in eine normale Basis einleiten werden, nach Polen vor der Befreiung der Osteuropas, wo es aller Vorteile beruht. Es ist klar, daß die Beziehungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten in eine normale Basis einleiten werden, nach Polen vor der Befreiung der Osteuropas, wo es aller Vorteile beruht. Es ist klar, daß die Beziehungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten in eine normale Basis einleiten werden, nach Polen vor der Befreiung der Osteuropas, wo es aller Vorteile beruht.

laggebleit für sie ist. Wir sind aber nur dann bereit, in dauernde reguläre Handelsbeziehungen zu Polen zu treten, wenn die russisch-polnischen Beziehungen einen freundschaftlichen Charakter tragen werden und die polnische Politik uns die Sicherheit bietet, die wir gegen alle Ueberraschungen brauchen.“

Eine Note Poincarés an Tschitschewin.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Poincaré an Tschitschewin ein Telegramm geschickt, das die Bereitwilligkeit der französischen Regierung ausdrückt, die noch in Frankreich weilenden früheren russischen Soldaten in ihre Heimat zurückzuschicken. Poincaré hofft, daß die Sowjetmacht ihrerseits für die Heimkehrförderung der Franzosen, die noch in Rußland weilen und zurückkommen wollen, sorgfältig erklärt Poincaré, daß er die diplomatischen Vertreter Polens in Rußland beauftragt habe, die französischen Staatsangehörigen bei den Sowjetbehörden zu vertreten und allen, die es wünschen, die Heimkehr zu erleichtern.

Diese Note der Regierung Poincarés zeigt, daß Frankreich wenigstens äußerlich in vorletzten Formen mit der Sowjetmacht verkehrt und daß die französische Regierung durch Vermittlung der Polen sich auch eine Interessenvertretung in Sowjetrußland verschafft hat.

Ueberreichung der deutschen Note.

Am Sonnabend früh überreichte die deutsche Regierung dem Berliner Vertreter der Reparationskommission die deutsche Note.

Der Text der Note enthält die von der Reparationskommission angeforderten Vorschläge von Budgetreformen und Finanzgarantien. Im wesentlichen stützt sie sich auf die letzten Ausführungen Dr. Rathenaus in der Konferenz von Cannes am 13. Januar.

Lulle Biez gestorben.

Am Freitag abend erlitt die unabhängige Reichstagsabgeordnete Lulle Biez während der Reichstagsführung einen Ohnmachtsanfall. Sie wurde nach dem Krankenhause am Urban gefahren und verstarb dort in derselben Nacht.

Die Verstorbene, 57 Jahre alt, war seit 1892 in der sozialdemokratischen Bewegung tätig und hat sich insbesondere um die Organisation der Frauenbewegung große und bleibende Verdienste erworben. Während des Krieges ging sie zur USV und gehörte die ganze Zeit dem Zentralkomitee dieser Partei an. Die proletarischen Frauen und Männer ohne Parteimitgliedschaft werden der unerlöschlichen und neuen Vorbild pferin, die ihre ganze Kraft dem Proletariat gab, immer als einer der ihren gedenken.

Vertrag von Sana angenommen.

Das politische Komitee mit der Tschos-Slowakei ist vom Rat vonrat mit 104 Stimmen der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen, gegen 23 Stimmen der Hochdeutschen angenommen worden.

Die neue tschechoslowakische Regierung demissionierte, wurden aber wiedergewählt.

Schlesische Rundschau.

Öffentliche Landarbeiterversammlung in Nieder-Salzbrenn.

Am 21. Januar fand hier eine öffentliche Landarbeiter-Versammlung statt. Diese war von Vertretern des Waldenburger Gewerkschaftsverbandes angeregt worden, um einmal bei den hiesigen Landarbeitern zum rechten zu setzen. Zu dieser Versammlung war neben einem Vertreter des Kartells auch Genosse Graf-Weissau erschienen. Der Vertreter des Kartells, Urban, welcher als erster Redner zu Worte kommen sollte, sprach über die Entstehung der gewerkschaftlichen Organisation. Wir hatten erwartet, daß der Redner dieses sich gestellte Thema auch sachlich und zum Nutzen der vollständig erschienenen Landarbeiter behandeln würde. Doch sämtliche Teilnehmer an der Versammlung sind da arg getäuscht worden. Der Hauptinhalt seiner Rede waren widersprechende, alberne Schimpereien über die kommunistische Partei. (Wahrscheinlich hatte den Redner die Anwesenheit des Genossen Graf-Weissau aus dem Konzept gebracht.) Erst auf energische Zwischenrufe aus der Versammlung verfuhrte dann der Redner, sich einigermaßen an sein Thema zu halten.

Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklungsgeschichte der gewerkschaftlichen Organisationen kommt der Redner zur Stellungnahme derselben zur heutigen wirtschaftlichen Lage und sagt, daß es die Arbeiterschaft den Gewerkschaften zu danken habe, wenn es heute für die Arbeiter schon bedeutend besser geworden sei als früher unter der wilhelminischen Herrschaft; wir hätten doch den Monarchismus überwinden und hätten statt dessen ein freieres demokratisches Staats- und Wirtschaftsleben und eine freie Republik mit einem Obert an der Spitze. Wir hätten auch gegen den früheren zehnjährigen und zwölfstündigen Arbeitstag heute den Achtstundentag. (Den die Genossen des Referenten bemüht sind, zum größten Teil wieder illusorisch zu machen.) Nachdem dann der Redner auf die Sozialisierung zu sprechen und meint, es sei jetzt schwer, damit einen Anfang zu machen, wie z. B. im Bergbau, weil auch hierfür die Arbeiter noch lange nicht reif dazu sind. Nachdem der Redner noch Rußland herangezogen hatte, um die Arbeiter vor dem Kommunismus gruselig zu machen, erzählte er, daß die kommunistische Partei, welche schon in vier Parteien gespalten ist, völlig zu Grunde gehe (der hat Ahnung!). Die Arbeiter sollten sich nicht zerplittern lassen und mit dazu beitragen, daß die Führer der Gewerkschaften auf einen revolutionären Boden gedrängt würden, dann würden auch die Gewerkschaften, die eine große Kraft seien, die Lebens- und Existenzbedingungen der Arbeiterschaft so zu gestalten vermögen, daß jeder als Mensch leben könne. Als Disziplinärredner erhielt nun Genosse Graf das Wort, welcher in farraginer Weise sich mit den Ausführungen des Redners beschäftigte und den anwesenden Landarbeitern ansehnlichste, warum wir heute, trotz der großen Millionenzahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die nach den Angaben der Gewerkschaftsführer eine Macht bilden, der kein Kapitalismus, keine Regierung trotzen kann, in solch elenden wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Weiter ging der Redner auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Landarbeiter ein und bewies die brutale Quälerei der Landarbeiter gegenüber den Gewerkschaften und was diesen betrifft, wenn sie sich nicht reiflich dem Deutschen Landarbeiter-Verband anschließen. Genosse Graf kam in seinen Ausführungen noch auf die sogenannten Erwerbslosen der Revolution zu sprechen und zeigte den Anwesenden, was ihnen, trotz der politischen glänzenden Überlegenheit der Partei noch für Arbeitslosigkeit von Seiten der Regierung zugehört hat, wenn es die Arbeiterschaft nicht versteht, in einer geschlossenen Front dagegen zu stehen. Er bewies uns insbesondere auf den Scheitern der Bewegung der Sozialdemokraten gegenüber der Sozialdemokratie, und auf die faule Sozialdemokratische Haltung und ging dann zum Schluß auf die gegenwärtige Verfassung der Arbeiter noch näher ein, die die zur Bewegung gehörigen Arbeiter Genossen der Arbeiterschaft und

Der Redner Urban verfuhrte auf demselben die Landarbeiter des Kartells und auch die Sozialdemokraten anzuweisen. Daß die Landarbeiter nicht damit einverstanden

Aus den Betrieben.

Zur Betriebsratswahl. — Für die 10 Punkte des ADB.

Am 26. Januar fanden zwei Belegschaftsversammlungen der „Schlef. Kohlen- und Holzwerke“ in Gottesberg statt. Die Nachmittagsversammlung im Hotel „Glück auf“ war gut besucht. Zuerst gab der Betriebsrat das Ergebnis der letzten Sitzung bekannt und dann einen Bericht über seine Tätigkeit. Gewiss zählte der Betriebsrat eine Menge Arbeit auf, aber für den aufmerksamen Teilnehmer war zu sehen, daß der Betriebsrat nichts zu sagen hat. Ein Anreiz- und Strafsystem ist eingerissen, das jeder Beschreibung spottet. Das Betreten des Büros ist dem Betriebsratsvorsitzenden verboten. Will er mit einem Anstellten etwas besprechen, so kann er dies nach vorheriger Anmeldung — im Wartezimmer. Wie anständig! Nach ziemlich lebhafter Debatte erfolgte dann die Aufstellung der 10 Punkte für die Wahl des neuen Betriebsrates. Die anwesenden Mitglieder von den Christen wollten sich maufsig machen, wurden aber durch deutliche Zwischenrufe aus der Versammlung in die Schranken gewiesen. Kamerad Brück von der Bezirksleitung wandte sich dagegen, die Christen aus dem Saale zu weisen, aber gegen die eigenen Verhandlungsleiter, die Kommunisten, fand er scharfe Worte. Genosse Mejer richtete an die Versammlung einen Appell, die freien Gewerkschaften hochzuhalten. Jeder Kamerad muß mit agieren, dann werden die Christen verschwinden. Unter Beredsames kamen allerlei Klagen zur Sprache, die vom Betriebsrat oder der Bezirksleitung weiter verfolgt werden. Vom Kamerad Ulrich wurde folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Belegschaftsversammlung führt in der geplanten Steuerveränderung eine unerhörte Belastung der Arbeiterschaft. Sie fordert von der Bezirksleitung, daß sie sich sofort an den ADB wendet, damit er die nötigen Schritte einleitet, um seine 10 Punkte, vor allem die Erlassung der Sachwerte, durchzuführen.“ Die Belegschaft stimmte einhellig zu. Weiter machte Kamerad Becker einige Ausführungen zu den schwebenden Lohnverhandlungen und ermahnte zur Geschlossenheit und daß jeder bei der Wahl zum Betriebsrat seine Pflicht tue. Mit einem „Glück auf“ schloß Kamerad Herden die gut verlaufene Versammlung.

Die Betriebsräte zum Textilarbeiterstreik im Culengebirge.

Am 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, tagte in Reichenbach im Tal zur „Weintraube“ eine Betriebsrätekonferenz der mittelschleischen Textilindustrie. Die Tagesordnung lautete: Bericht über die Lohnverhandlungen in Breslau. Gauleiter Frisch-Viegnitz nahm hierzu das Wort. Er sagte, daß die Verhandlungen in Breslau unangenehm schwierig gewesen sind. Sie wurden wieder geleitet vom Oberregierungsrat Fischer. Die Unternehmer hätten bei den Verhandlungen mit großer Raffinerie operiert. Sie hätten alle Minen spritzen lassen, um ihren dreimal gebelagten Geldbeutel zu schützen. Erst nach zweiseitiger Verhandlung war es den Vertretern des Textilarbeiterverbandes möglich, den Unternehmern einige Zugeständnisse abzurufen. Der Erfolg der Verhandlungen ist von uns schon mitgeteilt. Maßregeln von Arbeitern dürfen nicht stattfinden. Die alten Betriebsräte werden wieder anerkannt. Gauleiter Frisch, sowie der Kollege Hübsch vom Zentralvorstand empfahlen der Konferenz dieses Angebot anzunehmen. In der darauffolgenden Diskussion kam aber eine ganz andere Meinung zutage. Fast sämtliche Diskussionsredner waren aufs äußerste empört über die geradezu jämmerlichen Zugeständnisse seitens der Unternehmer. Sie waren der Meinung, daß man unter diesen Umständen die Arbeit nicht aufnehmen dürfe. Ein Kollege empfahl den anwesenden Betriebsräten, sich nach realen Nachmitteln umzusehen, um endlich mal dem Unternehmertum beizukommen. Der ADB hat uns doch selbst den Weg gewiesen mit seinen bekannten 10 Forderungen. Will die Arbeiterschaft wenigstens etwas aus dem unerträglichen Leid herauskommen, so muß sie den ADB zwingen, endlich die Arbeiterschaft aufzurufen zum Kampf um die Verwirklichung der 10 Forderungen. Mit den fortwährenden Lohnkämpfen reißt sich die Arbeiterschaft selbst auf, einen wirklichen Erfolg wird sie niemals davon haben. Zum Schluß der Versammlung wurde der Antrag eines Kollegen angenommen, unter der ungesperrten Arbeiterschaft eine Urabstimmung vorzunehmen, ob sie gewillt ist unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen oder nicht.

Die Textilarbeiter des Culengebirges für die 10 Punkte des ADB.

In Langenbielau fanden am Donnerstag den 26. Januar in verschiedenen Lokalen 2 öffentliche Textilarbeiterversammlungen statt, welche von tausenden Kollegen und Kolleginnen besucht waren. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen in Breslau. Hierzu nahm der Geschäftsführer der hiesigen Filiale, Kollege Lang das Wort. Er führte aus, daß es den vereinten Bemühungen der Gemeindevertretung von Langenbielau, sowie des Magistrats von Reichenbach gelungen sei eine Annäherung beider Parteien in die Wege zu leiten, so daß am Montag, den 23. Januar in Breslau Verhandlungen unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Fischer stattfinden konnte. Er schloß mit

Sobald einzelne Arbeiter auf Grund ihres persönlichen Verhaltens in der Zeit seit dem 19. Dezember 1921 (Datum des Entwurfs des Schiedsgerichts) von den betreffenden Arbeitgebern nicht wieder eingestellt werden, ist ihnen dies sofort bei der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit schriftlich mitzuteilen. Diese Arbeiter haben das Recht, ein Schiedsgericht anzurufen. Das Schiedsgericht wird gebildet aus je drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, die von den auf jeder Seite beteiligten Organisationen ernannt werden. Der

größten Ausführungen wie ungenau (Schleier) es den Vertretern der Textilarbeiter geworden sei, den Unternehmern auch nur das geringste Zugeständnis abzurufen. Nach reichlich zweiseitiger Verhandlung und auch nur deswegen, weil man die Verhandlungen nicht aus dem Auge lassen wollte, sei man zu folgendem Ergebnis gekommen: Der Spitzenlohn für männliche Facharbeiter betrage ab 1. Februar 7,80 Mk. für weibliche Facharbeiter 6,70 Mk. Der Lohn der beiden Gruppen betrug vor der Auswertung 7,30 Mk. bzw. 6,40 Mk. Zum 15. Februar erhöht sich der Lohn auf 8,00 Mk. bzw. 7,10 Mk. Am 1. März erhöht sich der Lohn auf 9 Mk. bzw. 7,80 Mk. Für Jugendliche unter 25 Jahren ist eine bestimmte Erhöhung des Lohnes vorgelesen. Die Betriebsräte wählten wieder ihres Amtes. Bei Aufnahme der Arbeit in den Betrieben bestimmen die Betriebsräte im Einverständnis mit den Unternehmern wie die einzelnen Kategorien die Arbeit aufnehmen. Maßregeln seitens der Arbeiterschaft dürfen nicht stattfinden. Die Akkordlöhne können den Durchschnittslohn um 12% übersteigen. Kollege Ding bedauerte, daß es der Lohnkommission nicht möglich gewesen sei, für die Arbeiterschaft etwas mehr herauszuholen. In der Diskussion lagte ein Kollege, es wäre eine Schande für die Arbeiterschaft unter diesen Bedingungen in die Betriebe zu gehen. Die ganze Zulauf, welche sich bis auf den 1. März verteilte, mußte schon zum 1. Februar gezahlt werden. Die Versammlungen waren ziemlich erregt. Die sich zahlreich zum Wort meldenden Kollegen waren strikte dagegen, bei diesen jämmerlichen Zugeständnissen wieder in die Betriebe zu gehen. Sie waren der Meinung, es ist besser, die Arbeiterschaft verhungern ohne Arbeit, als wie mit Arbeit. Auch wären die Kollegen der Meinung, daß an eine Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu denken sei, ehe die Unternehmer mit den Handwerkerorganisationen über die Abgabe der Handwerkergruppen verhandelt hätten. Ein dahin gehender Antrag wurde angenommen. In den Versammlungen wurde dann folgende Entschluß eingebracht und einstimmig angenommen:

Die Taktik der Gewerkschaften, dem Unternehmer in einzelnen Lohnkämpfen geringe Lohnerhöhungen abzurufen, bringt dem Arbeiter keine, auch nur vorübergehende Besserung seiner Lage. Weil die Unternehmer bei der schon wieder einlegenden Krise versuchen, mit aller Kraft die Organisationskraft der Arbeiter zu verschlagen, fordert die Langenbielauer Textilarbeiter vom Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes ein sofortiges, energisches Eintreten für die 10 Forderungen des ADB.

Die Textilbarone werden in ihrem Übermut denken, sie haben der hiesigen Arbeiterschaft einen gehörigen Dankschreiben verbrochen. Gemach ihr Herren, durch eure Halsstarrigkeit bringt ihr die ausgehungerten Proleten auf den richtigen Weg. Die Arbeiterschaft brennt endlich zu berufen, daß sie nur aus dem wirtschaftlichen Leid herauskommen kann, indem sie die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführt.

Klassengenossen!

Was geht in eurem Betriebe vor? Wo ist die Verhandlung menschenunwürdig? Wo fehlt es an genügenden Sicherheitsmaßnahmen für die an die Maschine geketteten Kollegen, für die in der Grube schaukelnden Arbeitsbrüder? Wie sind die Lohnverhältnisse? Tut der Betriebsrat seine Pflicht? Kümmern sich die Gewerkschaften um euch? Kommt ihr krasse Fälle von kapitalistischer Profitiererei eurer Unternehmer? Wirft bei euch der Kapitalist ohne Grund Arbeitskollegen aufs Straßenpflaster und sabotiert die Produktion? Wie stellt ihr euch zu den Steuerfragen, zu den 10 Punkten des ADB, zu der proletarischen Einheitsfront? Wie gedenkt ihr den Kampf gegen den Steuerabzug, gegen Ausbeutung und Verelendung, gegen das verruchte kapitalistische System zu führen?

Klassengenossen! Euch alle ohne Unterschied der Parteirichtung bewegen taatäglich diese Schicksalsfragen. Sie müssen in allen Betriebsversammlungen, allen Gewerkschaftskonferenzen behandelt werden.

Aber nicht nur in diesen Arbeiterversammlungen muß auf alle Fragen klar Antwort gegeben werden. Ihr müßt Euch auch äußern über eure täglichen Leiden und Sorgen in der Arbeiterpresse. So nur bekommen die einzelnen Belegschaften untereinander Kenntnis und können dann geschlossen einem gemeinsamen proletarischen Ziel zusteuern. Die „Schleifische Arbeiterzeitung“ steht jedem Arbeiter, ganz gleich welcher Parteirichtung, zur Aussprache über alle Betriebsfragen zur Verfügung.

Klassengenossen! Ruht diese Zeilen aus! Schickt Briefe an die „Schleifische Arbeiterzeitung“, ganz gleich ob sie gut oder schlecht geschrieben sind. Redakteure der Arbeiterpresse sind nur Euren Wegweiser. Sie haben die Pflicht, eingehende Berichte druckreif zu machen.

Die Hauptsache ist, daß alle Mitteilungen streng sachlich bleiben, niemals persönliche Schlägereien sondern nur Dinge bringen, die alle Arbeiter gemäß ihrem Klasseninteresse verstehen und unterstützen. Nur das gemeinsame Ziel des gesamten Proletariats soll maßgebend sein.

Aus Wert Langengenossen, die „Schleifische Arbeiterzeitung“ gehört Euch! Rout sie aus zu einer weitläufigeren Tribüne für alle Arbeiterwünsche! Macht aus ihr eine schneidende und von den Kapitalisten gefürchtete Waffe gegen jede falsche wirtschaftliche Ausbeutung und politische Verengung!

waren, bewies das einstimmige Verlangen, dem Genossen Geduldig einmal das Wort zur Entlohnung zu geben. Zum Schluß wurden die Handarbeiter angefordert, sich auch politisch zu orientieren, indem ihr mehr als bisher Arbeiterblätter lasst, unterhält kein bürgerliches Blatt mit eurem sauer verdienten Gelde, diese beschäftigen und belästigen immer und überall die Arbeiter. Best als ehrliches Arbeiterblatt die „Schleifische Arbeiterzeitung“.

Das Wohnungselend in Schlessen.

Ein Arbeiter aus Neustadt O/S. schreibt und: In keiner Provinz Deutschlands ist die Wohnungsnot so groß wie in Schlessen. Auch in unserm schwarzen Winkel kann man ein Lied davon singen. Schon vor dem Kriege gab es Arbeiterwohnungen, für die diese Bezeichnung absolut nicht zu gebrauchen ist. Besonders auf dem Lande herrschten schon damals in dieser Beziehung die traurigsten Zustände. Heute ist das nicht besser, sondern bedeutend schlimmer geworden. Heute werden auch die großen und kleinen Städte davon in Mitleidenschaft gezogen. Nur mit dem Unterschied, daß jetzt die Gegenstände viel scharfer zum Ausdruck kommen. Man findet es heute oft, daß in einer Arbeiterwohnung — die vielfach nur aus einem Zimmer besteht — 10 und noch mehr Köpfe hausen. In einer solchen „Wohnung“ wird oft gewohnt, geschlafen, gelacht, Kinder zur Welt gebracht, Kranke gepflegt usw. usw., alles in einem Zimmer. Niemand wird behaupten wollen, daß dies der begünstigsten Menschheit in gesundheitlicher oder sittlicher Hinsicht zum Vorteil gereicht. Es muß einen einermagener frösteln, daß Polizei, Justiz und Staatsanwalt, — die an jedem, naekte Menschen darstellenden Bild Anstoß nimmt, die bei fast jedem modernen Theaterstück moralische Anwendungen bekommt — nicht gegen diese Entstellung, hervorgerufen durch das Zusammenwohnen männlichen und weiblichen Geschlechts verschiedenen Alters in einer Stube, unternimmt. Es ist auch verwunderlich, daß die Gesundheitspolizei nichts gegen die allen hygienischen Vorschriften zuwiderlaufenden Zustände, durch diese Massenquartiere hervorgerufen, unternimmt. Sie tun es nicht, weil das gleichzeitig das Dasein der Ohnmacht wäre, weil das dokumentieren würde den Vorkriegszustand des kapitalistischen Systems. Und da es sich bei den Wohnungselend betroffenen nur um Proletariat handelt, ist das für die Heuschrecke des Kapitalismus kein so dringender Fall. Der Arbeiter und der bemittelte Bourgeois kennt kein Wohnungselend. Für ihn sind jederzeit entsprechende Wohnungen da. Geld öffnet jede Tür, auch die zu einer hochherzoglichen Wohnung.

Ein Beispiel dafür, daß in der Wohnungsfrage die tollsten Mitten vorkommen, daß trotz der großen Wohnungsnot die hochherzoglichen Wohnungen sich einer besonderen Behandlung erfreuen, ist das Schloß in Klein Bromsen, Kreis Neustadt O/S. Dort stehen circa 30 Zimmer über Jahr und Tag leer. Die Herrin, Gräfin Matuschka, hat in Breslau eine große, geräumige Wohnung, die auch größtenteils unbenutzt ist, da die Frau Gräfin meistens auf Reisen ist. In Breslau, wie im Kreis Neustadt herrscht eine große Wohnungsnot. Auf der einen Seite wohnen Familien zusammengepfercht in einem einzigen Raum, aber sie sind noch schlimmer dran und haben gar keine Wohnung, und auf der andern Seite hat eine hochwohlgeborene Gräfin soviel Annehmlichkeiten, daß sie trotz der in diesen Kreisen üblichen anspruchsvollen Haltung nicht „gebraucht“ werden. Und so etwas nennt man soziale Gerechtigkeit. So etwas kommt vor in der freiesten, demokratischen Republik der Welt. Ist es da ein Wunder, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft interesselos wird? Wir Kommunisten müssen deshalb um so mehr auf dem Boden sein. Wir müssen unsern Arbeitskollegen, die aus Verweifung in den bürgerlichen Sumpf zurückkehren wollen, sagen: Werdet nicht irre an Euch! Werft nicht die Hände ins Korn. Klaut nicht, daß, wenn einige logenante „Arbeiterführer“ die Sache des Proletariats verraten, die Sache selbst aufzugeben ist. Kommt und schaut Euch um die Fahne des Kommunismus! Je mehr Ihr Euch mit dem Kommunismus vertraut macht, desto mehr werdet Ihr Klassenbewußtsein haben; und je Klassenbewußter Ihr seid, desto bessere Kämpfer für den Kommunismus geht Ihr ab, desto näher kommen wir unserm Ziele: Verwirklichung des verfaulenden kapitalistischen Systems und Verwirklichung der kommunistischen Idee.

Peter Grupp macht einen Selbstmordversuch.

Der in der Kuppelsdorfer Mordsache zweimal zum Tode verurteilte Architekt Peter Grupp unternahm im hiesigen Gerichtsgefängnis einen Selbstmordversuch. Er versuchte sich zu erhängen, konnte aber durch das rechtzeitige Hinzukommen eines Gefängnisbeamten gerettet werden.

Also selber die bürgerliche Presse, einschließlich der „Volkswacht“. Ist so etwas nicht schrecklich. Wie leicht hätte der gute Mann dabei um sein Leben kommen können. Wir leben doch — Gott sei Dank — im Zeitalter der Humanität! Da kann man doch nicht einen Menschen sich selbstmordversuchen lassen, das geht nicht. Wir sind sogar der Meinung, daß der rettende Engel, d. h. der Gefängniswärter, die Rettungsmedaille bekommt. Der Mann hat sich verdient gemacht um die Allgemeinheit. Sonst wäre doch der Öffentlichkeit das nebenstehende Schauspiel der Hinrichtung gekommen worden. Das geht doch nicht. Diese humanitäre Handlung muß unter allen Umständen stattfinden, die bürgerliche Presse braucht Stoff, um ihre dreidigen Spalten zu füllen.

Wie die christliche Nächstenliebe eines deutschen nationalen Pfarrers aussieht.

In dem unter dieser Überschrift in der Nummer vom 2. Januar 1922 gebrachten Artikel geht uns folgende Bericht aus:

1. Es ist un wahr, daß mir 5 Zentner Mehl und 3 Zentner Karpfen zur Verteilung an Ortsarme übergeben worden sind. Es waren in Wahrheit nur 3 Zentner Mehl und 2 Zentner Karpfen.
 2. Es ist un wahr, daß ein Kriegsverletzte von mir abgewiesen und gar noch verhöhnt worden sein soll. Es ist überhaupt kein Kriegsverletzte bei mir gewesen, um eine Gabe zu erbitten.
 3. Es ist un wahr, daß ich einem Förster, der ein wohlhabender Grundbesitzer ist, 1/4 Zentner Mehl zugesandt haben soll. Es fand bei der Verteilung auch nicht irgend welche politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen, sondern Arme, ohne jede Rücksicht auf ihre politische Stellung, bedacht worden. Wunderlich, wahr.
- Nach Rücksprache mit unserem Gewächsmann werden wir einmal auf die Angelegenheit zurückkommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ende des Uhrarbeitersstreiks im Schwarzwald. Der Süddeutschen Arbeiterzeitung entnehmen wir nachfolgendes über den Uhrarbeitersstreik, an dem die Freiburg Kollegen beteiligt waren, folgende Notiz:

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Uhrarbeitern und den Arbeiterorganisationen haben mit einem ebenen Kompromiß geendet. Besonders nachteilig für die Arbeiterschaft sind die Bestimmungen über die Wiedereinstellungen. Sie lauten: Die Arbeit wird im Laufe der nächsten Woche, sobald die Betriebsverhältnisse es gestatten, wieder aufgenommen. Die wiederereinstellten Arbeiter treten in sämtliche Reihen, die ihnen auf Grund des Tarif- und Arbeitsvertrages vor der Einstellung zustanden haben, wieder ein.

Unparteiische Vorsitzende des Schiedsgerichts sind durch die sechs Mitglieder des Schiedsgerichts bestellt. Einmal sind die Mitglieder des Schiedsgerichts nicht mit Stimmenmehrheit auf eine bestimmte Person, sondern durch die beteiligten Arbeiterorganisationen zu ernennen. Über die Frage der Wiedereinstellung der unter dieser Woche in die Betriebe eingestellten Arbeiter entscheidet das Schiedsgericht ebenfalls. Es ist in jedem Streitfall bis zum 1. März 1922 anzurufen. Falls die Maßregeln von Funktionen der

Die proletarische Frau

Die proletarische Frau

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die Schwande des Abtreibungsgesetzes

Die Schwande des Abtreibungsgesetzes sind die Gründe, die für die Einführung dieses Gesetzes sprechen. Die Schwande des Abtreibungsgesetzes sind die Gründe, die für die Einführung dieses Gesetzes sprechen. Die Schwande des Abtreibungsgesetzes sind die Gründe, die für die Einführung dieses Gesetzes sprechen.

Der heilige Ehestand

Der heilige Ehestand ist der Ehestand der Arbeiterklasse, der die Grundlage der proletarischen Familie bildet. Der heilige Ehestand ist der Ehestand der Arbeiterklasse, der die Grundlage der proletarischen Familie bildet. Der heilige Ehestand ist der Ehestand der Arbeiterklasse, der die Grundlage der proletarischen Familie bildet.

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

1. Die Sicherstellung der Existenz der Frau unabhängig vom Mann...
2. Kostlose Schwangerschafts- und Hebammenhilfe...
3. Unentgeltliche und umfassende Fürsorge für Mutter und Kind...
4. a) Unentgeltliche und umfassende Fürsorge für Mutter und Kind...
4. b) obligatorische Säuglingsfürsorge...
4. c) Kleinkinderfürsorge...
4. d) Fürsorge für die Kinder bis zu dem Zeitpunkt...

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die proletarische Frau

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die proletarische Frau ist die Frau der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeitet. Sie ist die Stütze der Familie und trägt die Last der Erhaltung der Familie auf sich. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient. Sie ist die Arbeiterin der Fabrik, die den Lohn für die Unterhaltung ihrer Familie verdient.

Die Kinder als wahrer Schauspieler

Die Kinder als wahrer Schauspieler sind die Kinder der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeiten. Die Kinder als wahrer Schauspieler sind die Kinder der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeiten.

Trinken und draußen

Trinken und draußen sind die Aktivitäten der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeiten. Trinken und draußen sind die Aktivitäten der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeiten.

Wie bei uns!

Wie bei uns! sind die Erfahrungen der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeiten. Wie bei uns! sind die Erfahrungen der Arbeiterklasse, die in der Fabrik, im Bergbau, im Handel und in den Dienstleistungen arbeiten.



„Ist auch der Gämänn gefallen...“

Drilliges Vermächtnis sei sie allen... Das Volk konnte die Leiden des Krieges nicht mehr tragen...

Aber die Ausbeuterklasse merkte, daß es ihr nun an den Stragen geht... Und die Denkerkräfte, sie sie hordem nur gegen die Arbeiter verwendet hätte...

Die Kämpfe waren schwer. Bald wurde es klar, daß gegen die Uebermacht eines Restes ohne die Hilfe der deutschen Arbeitermassen nicht aufzukommen sei...

Karl und Rosa standen auf den Barrikaden von Berlin. Wo es am heftigsten war, standen sie bei den Genossen. Ja, ihr deutschen Arbeiter und Arbeiterfrauen...

Da gehen wir heute noch drei Jahren? Ist es den deutschen Kapitalisten gelungen, die Revolution zu töten? Nein! Die deutsche Arbeiterklasse und vor allem ihre Jugend hat den Weg des Kampfes nicht verlassen...

Ihr, die ihr angeht der Niederlagen geseht am Siege Arbeiter, die ihr wartet wollt bis zum Endkampf...

Und ihr, die ihr noch nicht in nächsten Jahren geht, ihr Arbeiter in den Betrieben, ihr jugendlichen Arbeiter!

Das sind die Aufgaben der Jugend. Das sind die Aufgaben der Jugend. Das sind die Aufgaben der Jugend...

Es muß der Elend gestrichen, auf guten Boden sei die Saat! Das aber nicht die Höhe Zeit!

Jugend und Revolution.

Mit faulen, leichtsinnigen, egoistischen, gedankenlosen und gleichgültigen Menschen kann man keinen Sozialismus verwirklichen. Die Revolution braucht Menschen, von denen jeder an seinem Plaze voller Mut und Begeisterung für das allgemeine Wohl ist...

Was will der Bismarckbund? Die Antwort auf diese Frage gibt ein im „Jung-Bismarck“ befindliches Vobgebiat an Hindenburg...

Wir bleiben dir treu vor allem! Unser Herz ist von heißem Entzernen schwer, unsere Hand will tropig sich ballen...

Erwachen.

Mag, auf dem Weg ins Jugendheim, überlegt, welche Fragen er heut zur Aussprache stellen wird.

Mag: Hallo, guten Tag Fritz, wohin des Weges? Fritz: Ah, guten Tag Mag, Mensch der Jungas, das ist ein Reel, 15 Stoug haben ihn überfallen...

Mag: (unterbricht ihn) Hör doch mit dem Quatsch auf. Fritz: Kommst mit ins Repter-Kino? Sie spielen „Eine Nacht im Paradies“...

Mag: Ja, lieber Fritz hast du denn schon mal nachgedacht, warum es dir so schlecht geht? Fritz: Das hast du ja schon öfter gesagt, wegen dem Kapitalismus...

Mag: Siehst du, und nun in bezug auf deine Vermögens, die da dir in deiner freien Zeit machst, bedente folgendes: Der Kapitalismus braucht müllige Arbeitssure...

Fritz: Wo soll ich denn kämpfen, um mein Glend zu beiseigen? Mag: Da allem kannst nichts machen, aber alle vereint sind wir stark...

Fritz: Ja der R. J. tut Ihr Euch doch aber nur mit Politik und Redensarten beiseigen. Mag: Oh nein, wir machen auch vieles andere, wir singen, spielen und machen sogar auch Redensarten...

Mag: Das ist nicht das Wichtigste. Unsere größte Freude, das ist und bleibt unser hohes Ideal, die Befreiung der menschlichen Menschheit...

Mag: Wir werden Euch die Hände, Genossen all' zum Hund. Des Kampfes ist kein Ende...

Wir werden Euch die Hände, Genossen all' zum Hund. Des Kampfes ist kein Ende. Es muß immer weiter Kampf...

Wir werden Euch die Hände, Genossen all' zum Hund. Des Kampfes ist kein Ende. Es muß immer weiter Kampf...

„Sebrlinge.“

In den Gurt gespannt, mit dem Hund zu zwein, so müh'n sie sich ab über Schotter und Stein. Die Jungen leuchtend, die Venden matt, o der Hund hat längst die Beben satt...

Jugend- und Parteigenossen!

Ein schönes Buch für eure Kinder ist der Arbeitser-Kinderkalender. Dieses schön und leicht geschriebene Buch ist nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene sehr lehrreich...

Jugendliche!

Außerdem muß jeder Jugendliche folgende Bücher lesen: 1. Der Weg des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands...

Achtung!

In nächster Zeit werden von der Bezirksleitung Flugblätter zur Landagitation herausgegeben. Um eine geregelte Verteilung und richtige Anwendung derselben zu ermöglichen...

Bezirkskonferenz

der Kommunistischen Jugend Schlesiens. Am Sonntag, den 12. Februar, findet in Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße, in den „Gildenkälen“ die Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend Schlesiens statt...

Dienstmädchenausbeutung.

Der Tabakhändler Sch. in Waldenburg beschäftigt ein Dienstmädchen, dem er ein Monatslohn von 60 Mark zahlt, wofür das Mädchen familiäre Hausarbeiten verrichten mußte. In Beise der Liebe, rechtlicher Gewissenheit und Hygiene...

Versammlungs-Kalender.

Dienstag, den 24. Januar, abends 7/8 Uhr, Minoritenhof, Dekretierabend. Donnerstag, den 26. Januar, Schulhaus Anderfessenstraße, Turnhalle, Turnen und Voltstänze.

Genossen,

in dem Artikel über Bildungsarbeit wurdet Ihr aufgefordert, in jeder Ortsgruppe einen Bildungsbureau zu bestimmen. Wir bitten Euch, uns bald mitzuteilen, welchen Genossen Ihr dazu ernannt habt...

Junge Proletariat!

Geht zum Jugendheim, dort ist die Jugend!